

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag der Antrag der Kreistagsfraktionen der CDU und GRÜNE „Erarbeitung einer erweiterten Schulentwicklungsplanung für die Förderschulen in Trägerschaft des Rhein-Sieg-Kreises“ vom 09.05.2022 als Tischvorlage vor.

KTM Solf brachte den Antrag mündlich ein und erläuterte, dass sich die Dringlichkeit aus den übermittelten Schülerzahlen nach der Osterpause und der Tatsache, dass der nächste Ausschuss für Schule und Bildungs koordinierung erst im Herbst stattfindet, ergebe. Er habe Verständnis, sofern dafür plädiert werde, dass dieser Antrag im Kreisausschuss entschieden werden solle.

Der Antrag handele von den förderpädagogischen Bedarfen der Zukunft und den dadurch notwendig werdenden baulichen und finanziellen Forderungen. Die Analyse der Gründe und die zu erwartenden weiteren Anstiege der Schülerzahlen müssten nun erweitert angegangen werden. Hierdurch würden bauliche Notwendigkeiten festgeschrieben werden müssen, welche selbstverständlich finanzielle Auswirkungen nach sich ziehen würden.

Ob die Umsetzung des Antrags durch einen externen Dienstleister oder die Verwaltung selbst geschehe, müsse der Landrat entscheiden. Die Kreistagsfraktionen der CDU und der GRÜNEN erwarten, dass die erforderlichen Baumaßnahmen rechtzeitig geplant werden und melden hierfür die notwendigen finanztechnischen Überlegungen an.

KTM Meyer bedankte sich für die Erläuterungen und befürwortete den Vorschlag, diesen Antrag in den Kreisausschuss zu bringen. Heute könne man hierüber fachlich diskutieren und die Entscheidung könne dann in den Kreisausschuss gehen. Die SPD-Kreistagsfraktion möchte zu diesem Antrag eine Ergänzung vorschlagen in dem Sinne, dass Beteiligungsformate mit verschiedenen Akteuren, wie z. B. die Mitwirkungskomitees der Schulen, die Kommunen oder die Kreistagsfraktionen, bei der Aufstellung des Schulentwicklungsplans zu berücksichtigen sind. Bei einem so relevanten Thema sei es wichtig, dass sowohl der Ist- als auch der Soll-Stand auf breite Schultern gestellt werde.

Dezernent Wagner bedankte sich für die Beiträge und den Antrag zur Unterstützung dieses komplexen Themas. Die Verwaltung habe sich in der Kürze der Zeit bisher nicht im Detail mit einer möglichen Umsetzung der Punkte befassen können. Insgesamt werde es aber ein enormes zeitliches Problem geben. In der vergangenen Woche habe es eine Diskussion im Landkreistag gegeben, bei der diese Probleme von allen Seiten vorgetragen wurden. Dies sei kein singuläres Problem des Rhein-Sieg-Kreises. Gerade im Hinblick auf den Rechtsanspruch des Offenen Ganztags, der ja

schon um ein Jahr verschoben wurde, ständen alle Kommunen vor ähnlichen Problemen, geeignetes Fachpersonal zu finden. Bei einem breiten Beteiligungsverfahren befürchte er nun ein zeitliches Problem.

Die Vorsitzende schlug vor, den potenziellen externen Dienstleister mit der Organisation zu beauftragen, um die Verwaltung zu entlasten.

KTM Rentzsch teilte mit, dass die FDP-Fraktion dem Antrag grundsätzlich zustimme und wies darauf hin, dass in diesem Prozess alle Schulträger von Förderschulen im Rhein-Sieg-Kreis in geeigneter Weise miteingebunden werden sollten.

KTM Tandler war sich der Schwierigkeit der Umsetzung des Antrags bewusst. Das Ziel müsse sein, die Förderschulen kleiner und nicht größer zu machen, was sich in der Praxis jedoch als schwierig gestalte. Daher sei es wichtig, möglichst viele Personen auch aus dem operativen Bereich miteinzubeziehen.

KVDin Böker unterstützte die Ausführungen von Dezernent Wagner. Die Ressourcen in der Schulverwaltung, den Antrag zur Schulentwicklungsplanung mit eigenem Personal umzusetzen, seien nicht vorhanden. Es gebe auch kein eigenes Sachgebiet für den Bereich Schulentwicklungsplanung / Baumaßnahmen, so dass man wahrscheinlich einen externen Dienstleister in Anspruch nehmen müsse. Das Auswahlverfahren werde Zeit in Anspruch nehmen, zumal die Verwaltung auf keinerlei Erfahrungswerte zurückgreifen könne. Bislang war maßgebliche Eingangsgröße für die Planungen des Rhein-Sieg-Kreis im Rahmen der Schulentwicklungsplanung die eigene wissensbasierte Abschätzung für jede Schule von Schulleitung und Kreis. Man könne jedoch Vorgaben für die gewünschten Beteiligungsformate in das Leistungsverzeichnis einer möglichen Ausschreibung mit aufnehmen. Gleichwohl plädiere sie dafür, das Ausschreibungsverfahren und den weiteren Prozess aus zeitlichen Gründen schlank zu halten.

KTM Solf erklärte, dass man sich über die endgültige Formulierung des eingebrachten Antrags noch vor dem Kreisausschuss abstimmen könne. Ihm sei als Fazit wichtig, dass nun über das Format der eigenen Schulentwicklungsplanung – die bisher gut gemacht worden sei – hinaus, diese Erweiterung wie im Antrag beschrieben aufgrund der aktuellen Gegebenheiten gemacht werde. Im Kreis habe man sich über alle Fraktionsgrenzen hinweg an den Bedarfen der Schülerinnen und Schüler vor Ort orientiert. Man habe lieber relativ kleine, familiennahe Förderschulen bevorzugt, wohl wissend, dass diese kostenintensiver seien. Bis 2017 sei in Nordrhein-Westfalen eine andere Gesamtrichtung vorgegeben gewesen, was die Entwicklung der Förderschulen angehe. Er habe nicht damit gerechnet, dass die Nachfrage nach Förderschulen so

stark ansteigen werde. Diese Nachfrage aufgrund des Wahlverhalten der Eltern und Erziehungsberechtigten sei nun aber da und liege in erster Linie daran, dass das Regelschulwesen die Bedürfnisse des einzelnen Kindes nicht erfüllen könne. Insbesondere der Punkt 6 des Antrags sei ihm sehr wichtig, dies müsse in der mittelfristigen Finanzplanung berücksichtigt werden.

Dezernent Wagner stellte klar, wie er den Antrag verstehe. Danach habe die Verwaltung den Auftrag, die einzelnen Punkte nebst Erweiterung der SPD-Fraktion, mitzunehmen und hieraus, möglicherweise im nächsten Ausschuss für Schule und Bildungskoordinierung, zu erläutern, wie eine Umsetzung aussehen könnte. Seines Erachtens müsse der Kreisausschuss jetzt nicht die Umsetzung beschließen, sondern nur eine Empfehlung dieses Ausschusses erhalten, dass man den Auftrag der Verwaltung gebe.

Es handele sich um einen ordentlichen Antrag mit einer ordentlichen Erweiterung im formellen Sinne. Der Ausschuss müsse dem Kreisausschuss eine Empfehlung aussprechen und nach Beschluss durch diesen hätte die Verwaltung den Auftrag zu erfüllen.

SkB Prinz ergänzte, dass es in den vergangenen Jahren auch Städte gegeben habe, die Förderschulen geschlossen hätten. Beispielhaft sei hier die Stadt Troisdorf zu nennen, die die Förderschule „Im Laach“ geschlossen hätte.

Das Gebäude stünde seines Erachtens derzeit leer. Man sollte anstelle eines Neubaus auch über diese Möglichkeiten nachdenken.

Dezernent Wagner antwortete, dass die Verwaltung über jeden Hinweis dankbar sei. Eine solche Möglichkeit sei natürlich die einfachste Lösung, bevor Bau- oder Planungsrecht an einer anderen Stelle geschaffen werde. Viele ehemalige Schulen seien allerdings oftmals direkt durch die eine kommunale Nutzung belegt. Dem Hinweis von SkB Prinz werde aber nachgegangen.